Langwasserforum, 24.10.2023, Impuls Martina Mittenhuber, Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg

Liebe Aktive im Langwasserforum,

sehr geehrte Gäste,

herzlichen Dank für die Einladung, hier zu sprechen und zugleich meinen Respekt angesichts so vieler Jahre engagierter Arbeit für den Stadtteil!

Vor uns liegen zwei wichtige Jubiläen, die an historische Meilensteine erinnern, deren Bedeutung wir gar nicht hoch genug schätzen können: Die Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechtejährt sich am 10. Dezember diesen Jahres zum 75 Mal und im Mai 2024 feiern wir 75 Jahre Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Lassen Sie mich mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beginnen. Gibt es eine zentrale Errungenschaft der Menschheit seit Ende des 2. Weltkriegs, so ist dies der internationale Menschenrechtsschutz. Kein anderes Wertesystem hat so große internationale Anerkennung durch Regierungen und Zivilgesellschaften erfahren wie die Menschenrechte. Man kann dies durchaus als eine der Sternstunden der Menschheit bezeichnen. Und um kein anderes System wurde vermutlich ähnlich gerungen; Heute, darüber ist man sich in der politischen Welt einig, wäre eine solche globale Einigkeit nicht mehr möglich.

Auch wenn heute viele – angesichts der schrecklichen Menschenrechtsverletzungen weltweit die Versprechungen dieses Konzepts für gescheitert erklären möchten so bleibt sie doch ein Leitstern in der Geschichte der Menschheit, denn in ihrem Zentrum steht die Emanzipation oder auch das "empowerment" des Individuums. Die Menschen werden zu Träger*innen von Rechten wie Leben, Freiheit, Gleichheit, Privatheit, Würde, gerichtlichem Schutz, Partizipation, Bildung, Gesundheit, Nahrung, Wasser, Wohnung, sozialer Sicherheit etc. Und umgekehrt korrespondieren mit diesen subjektiven Rechten die Pflichten anderer, d.h. des Staates und seiner Organe auf nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene, aber auch internationaler Organisationen und transnationaler Unternehmen, diese Rechte zu achten, zu schützen und zu gewährleisten.

Viele von Ihnen kennen die berühmten Sätze von Eleanor Roosevelt nach der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung vor der UN-Generalversammlung am 10. Dezember 1948: "Wo fangen Menschenrechte an? An den kleinen Plätzen, nahe dem eigenen Heim. So nah und so klein, dass diese Plätze auf keiner Landkarte der Welt gefunden werden können. Und doch sind diese Plätze die Welt des Einzelnen: die Nachbarschaft, in der er lebt, die Schule oder die Universität, die er besucht, die Fabrik, der Bauernhof oder das Büro, in dem er arbeitet. Das sind die Plätze, wo jeder Mann, jede Frau und jedes Kind gleiche Rechte, gleiche Chancen und gleiche Würde ohne Diskriminierung sucht. Solange diese Rechte dort keine Geltung haben, sind sie auch woanders nicht von Bedeutung."

Dieses Bewusstsein, dass die Menschenrechte gerade auf der kommunalen Ebene für jeden für jeden Einzelnen erfahrbar und spürbar werden, hat sich in den letzten Jahren immer stärker durchgesetzt. Den Kommunen kommt geradezu eine Schlüsselrolle zu, wenn es um die Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen einer globalisierten Welt geht, wie beispielsweise der verstärkten internationalen Migration und dem verschärften wirtschaftlichen Wettbewerb mit seinem wachsenden Druck auf Arbeitsplätze und sozialstaatliche Leistungen. Die Stadt ist einerseits Raum der Begegnung, des Austauschs in vielerlei Hinsicht – interkulturell, interreligiös, intergenerationell - der persönlichen Entfaltung und der Innovation, andererseits aber auch der Ort, an dem sich die Widersprüche und Risiken globaler Entwicklungen bündeln.

Im städtischen Raum konzentrieren sich Probleme wie öffentliche und private Armut, Jobunsicherheit, Arbeitslosigkeit und mangelnde Wertschätzung unterschiedlicher kultureller und sonstiger Orientierungen, vielfältige Formen der Diskriminierung bis hin zu sozialer und räumlicher Segregation mit all den dadurch entstehenden Konflikten.

Und so müssen wir uns gerade auf kommunaler Ebene immer wieder die Frage stellen: Wie kann angesichts dieser Problemdichte ein friedliches und respektvolles Zusammenleben gestaltet werden? Wie kann das Verständnis dafür gefördert werden, dass kulturelle Vielfalt eine Bereicherung des städtischen Lebens darstellt? Wie kann allen Stadtbewohnerinnen und -bewohnern, gleich welcher Herkunft, welcher Religion, welchen Alters, ein Leben in Würde, Gerechtigkeit und Sicherheit ermöglicht werden? Gleichzeitig ergab eine 2019 durchgeführte Studie der Friedrich-Naumann-Stiftung, dass die Verbundenheit mit der eigenen Kommune ein entscheidender Faktor für politische Stabilität ist. Verlieren die Bürgerinnen und Bürger diese emotionale Bindung, ist dies ein Nährboden für Populismus und Extremismus. Auch deshalb kann die Arbeit hier im Langwasserforum gar nicht hoch genug geschätzt werden.

Nürnberg kann mit einigem Stolz darauf verweisen, dass wir 2001 weltweit eine der ersten Städte waren, die den Menschenrechtsschutz per Stadtratsbeschluss zu einem politischen und moralischen Orientierungsrahmen gemacht hat. Viele Kommunen sind zwischenzeitlich unserem Beispiel gefolgt.

Heute, mehr als 20 Jahre später, sehen wir mit Stolz, dass unser Bekenntnis zu einer Stadt des Friedens und der Menschenrechte – auch aus der Akzeptanz einer verpflichtenden Vergangenheit heraus - getragen wird von einem breiten Rückhalt des demokratischen politischen Spektrums, einer festen Verankerung innerhalb der Stadtverwaltung und einer reichen zivilgesellschaftlichen Infrastruktur mit einer großen Bereitschaft zum Engagement. Sie alle hier sind ein Beispiel dafür. Wir konnten es aber auch Ende September bei der Verleihung des Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises im Opernhaus und der anschließenden Friedenstafel eindrucksvoll erleben.

Auch in unserem Grundgesetz – und damit bin ich beim zweiten Jubiläum – spielen die Menschenrechte, vor allem aus den Erfahrungen der NS-Zeit heraus, eine besonders wichtige Rolle. Ganz bewusst wurden die Grund- und Menschenrechte an den Anfang unserer Verfassung (Artikel 1-19) gestellt und Artikel 1 "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt", stellt den Schutz der Menschenwürde ins Zentrum unseres gesamten Wertesystems. Und die in Artikel 3 Grundgesetz verankerte Gleichwertigkeit aller Menschen wurde zum zentralen Parameter: Die Menschenrechte sind damit das Fundament von Demokratie, Rechtsstaat und friedlichem Zusammenleben.

Aber ebenso wie der Schutz der Menschenrechte auch bei uns bei weitem nicht selbstverständlich ist und nach stetiger Wachsamkeit und nach permanenter Einübung verlangt, muss auch unsere Demokratie als grundlegendes Werte-, Struktur- und Organisationsprinzip unserer Gesellschaft gelebt, aktiv gestaltet und immer neu verteidigt werden.

Allerdings verliert der demokratische Rechtsstaat – nicht nur in Deutschland – an Strahlkraft. Politische Strömungen, die demokratische Institutionen und Menschenrechte infrage stellen, die nicht mehr auf ihre Problemlösungskraft vertrauen, erhalten wachsende Zustimmung. Wir mussten auch bei der Landtags- und Bezirkstagswahl hier in Bayern erfahren, dass antidemokratische und menschenfeindliche Ideologien, Strukturen und Politikstile erstarken und dass sie eine teilweise erschreckend hohe Zustimmung bei den Wählenden erfahren – gerade auch hier in einigen Stimmbezirken Langwassers.

Haltungen und Einstellungen, die gleichberechtigte Teilhabe, auch und gerade an gesellschaftlicher und politischer Macht einschränken wollen und die grundlegende Prinzipien der Gerechtigkeit in Frage stellen, nisten sich auch in der Mitte der Gesellschaft ein. Das ist eine besorgniserregende Entwicklung.

So mussten auch wir uns hier in Nürnberg in aller Entschiedenheit dagegen verwehren, dass der Menschenrechtstopos umgedeutet und missbraucht wird von einzelnen Gruppen, um während der Coronapandemie gegen den Infektionsschutz zu agitieren, um dann den russischen Angriffskrieg zu rechtfertigen, demokratische Errungenschaften zu delegitimieren, Gleichstellung der Geschlechter, Inklusion und die vielfältige Gesellschaft verächtlich und Hass und Hetze hoffähig zu machen.

Die Verfassungsrechtlerin Sophie Schönberger sieht die Ursache dieser Krisenerscheinungen in der sinkenden Bereitschaft in der Gesellschaft, mit einer zentralen Herausforderung der Demokratie zu leben: nämlich der Notwendigkeit, sich gegenseitig auszuhalten. Demokratie, so schreibt sie, ist keine One-Man-Show, kein individuelles Selbstverwirklichungsprojekt und kein Egotrip. Die Herrschaft des Volkes setzt voraus, dass wir uns als Kollektiv begreifen, uns als grundsätzlich gleich akzeptieren und den Werten, Wünschen, Meinungen des anderen dieselbe Berechtigung zuerkennen wie den eigenen.

Die Demokratie lebt vom Konflikt. Unfrieden und Auseinandersetzung sind zunächst einmal keine Gefahr für die Demokratie. Gerade in einer Stadt wie Nürnberg, die man mit Fug und Recht als superdivers bezeichnen darf, in der Menschen unterschiedlichster Lebensstile, Herkünfte, Religionen usw. auf engem Raum zusammenleben, gibt es Reibungen.

Die Demokratie lebt als diskursive Herrschaftsform, als "Ideenwettbewerb" gewissermaßen, von Meinungsvielfalt. Die Tatsache, dass in unserer Gesellschaft unterschiedliche, auch konträre Positionen vertreten werden, ist daher erst einmal kein Anlass zur Sorge. Aber, was uns augenblicklich Anlass zur Sorge gibt, ist die Art und Weise, in welcher diese Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden, und was sie teils zum Gegenstand haben.

Eines muss klar sein: Auch in einer Demokratie muss es rote Linien geben. Für das Schüren von Hass, für die Verbreitung von menschenverachtender Hetze darf es keine Toleranz geben. Die Spielregel muss lauten, innerhalb eines Raums des Sagbaren konstruktiv mit Konflikten und konträren Auflassungen umzugehen.

Sophie Schönberger schreibt: "Demokratie braucht Gemeinschaft und sie braucht Begegnungen" und so fordert sie, viel mehr Räume der Begegnung zu schaffen – ideell wie ganz praktisch.

Das Langwasserforum ist ein solch ungemein wichtiger Raum der Begegnung, des Austauschs, aber auch des Meinungsstreits. Bleiben Sie am Ball und kämpfen Sie weiter dafür, dass Langwasser bunt bleibt!